Anmeldung für den ersten Wahlgang						
Verfügungsart / Paragraf	Anmeldeformular 1. Wahlgang					
Gesetzliche Grundlage / SAR-Nr.	Gesetz politische Rechte	131.100				

Anmeidun	g tur	den	ersten	wan	ıgang
(Wahlyorschlag o	mäee 8	202 G	DD\		

(Wahlvorschlag gemäss § 29a GPR)

Zu wählende Behörde / Kommission  Erster Wahlgang vom				Gemeinderat  18. Mai 2025		
Kand	Familienname, Vorname	Geburtsjahr	Adresse (	Strasse, Nr.)	Heimatort	

## **Unterzeichnerinnen / Unterzeichner** (mindestens 10)

Vorstehend genannte Kandidatin / genannter Kandidat wird von folgenden Stimmberechtigten für den ersten Wahlgang der zu wählenden Behörde / Kommission vorgeschlagen:

Nr.	Familienname, Vorname	Geburtsjahr	Adresse (Strasse, Nr.)	Eigenhändige Unterschrift
1				
2				
3				
4				
5				
6				
7				
8				
9				
10				
11				
12				

## Wahlannahmeerklärung

Die / der als Kandidatin / Kandidat für den ersten Wahlgang der zu wählenden Behörde / Kommission Vorgeschlagene erklärt mit seiner Unterschrift unwiderruflich, mit dem Wahlvorschlag einverstanden zu sein und eine allfällige Wahl anzunehmen.

Ort und Datum	Unterschrift
Stimmrechtsbescheinigung	<del></del>
vorstehende(Anzahl) Unterzeichnerir in Gemeindeangelegenheiten stimmber	egisterführerin / Stimmregisterführer) bescheinigt hiermit, dass nnen und Unterzeichner der Anmeldung für den ersten Wahlgang echtigt sind und ihre politischen Rechte in der Gemeinde usüben.
Ort und Datum	Stempel und Unterschrift
Empfangsbestätigung	<del></del>
Die unterzeichnete Amtsperson (Gemedieser Anmeldung für den ersten Wahlga	ndeschreiberin / Gemeindeschreiber) bestätigt den Empfang ng.
Ort und Datum	Stempel und Unterschrift
	<del></del>

## Auszug aus dem Gesetz über die politischen Rechte (GPR)

- § 29a

  ¹ Die Wahlvorschläge sind von 10 Stimmberechtigten des betreffenden Wahlkreises zu unterzeichnen und müssen bis am 44. Tag vor dem Hauptwahltag bis spätestens 12.00 Uhr bei der zuständigen Behörde eintreffen. Nach Ablauf dieser Frist ist ein Rückzug der Anmeldung nicht mehr zulässig.
- <sup>2</sup> Dem Wahlvorschlag sind ein Wahlfähigkeitsausweis und eine schriftliche Wahlannahmeerklärung beizulegen.
- <sup>3</sup> Kommt es zu einer Urnenwahl, sind die Vorgeschlagenen den Stimmberechtigten schriftlich zur Kenntnis zu bringen.
- <sup>4</sup> Die Bekanntmachung, die Einreichungsstelle sowie der Inhalt und die Gestaltung der Wahlvorschläge werden in der Verordnung geregelt.

§ 30

- <sup>1</sup> Im ersten Wahlgang kann jeder wahlfähige Stimmberechtigte als Kandidat gültige Stimmen erhalten.
- <sup>2</sup> Erreichen zu viele Kandidaten das absolute Mehr, sind jene mit den meisten Stimmen gewählt.

## Auszug aus der Verordnung zum Gesetz über die politischen Rechte (VGPR)

Die Anmeldungen der Kandidaturen sind bei Wahlen in Gemeinden und Gemeindeverbänden der zuständigen Gemeindekanzlei, bei den übrigen Wahlen der Staatskanzlei einzureichen.

<sup>2</sup> Die Anmeldung muss den Familien- und Vornamen, das Geburtsjahr, den Heimatort und bei Gemeindewahlen die Strasse und Hausnummer, bei den übrigen Wahlen den Wohnort der Vorgeschlagenen enthalten. Ferner ist die Partei oder die Gruppierung, welche einen Kandidaten vorschlägt, anzugeben.

- <sup>1</sup>Die Namen der angemeldeten Kandidaten sind mit den weiteren Angaben gemäss § 21b Abs. 2 und gegebenenfalls dem Vermerk "bisher" nach Anzahl Amtsjahren absteigend auf einem neutralen Informationsblatt aufzuführen. Bei gleicher Anzahl Amtsjahre und bei neu kandidierenden Personen entscheidet über die Reihenfolge jeweils das Alphabet.
- <sup>2</sup> Das Informationsblatt ist den Stimmberechtigten zusammen mit dem Wahlzettel abzugeben. Es hat im ersten Wahlgang den Hinweis zu enthalten, dass nicht nur die angemeldeten, sondern alle Stimmbürger im Rahmen der gesetzlichen Bedingungen wählbar sind. Im zweiten Wahlgang ist der Vermerk anzubringen, dass nur die angemeldeten Stimmbürger wählbar sind.